

Wir zahlen nicht für Eure Krise

Kommunaler Wohnungsbau mit sozialen Mieten

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

alle Städte und alle Gemeinden in unserem Land werden wegen der Finanzkrise mit weniger Steuereinnahmen und Steuerzuweisungen zu kämpfen haben.

Die gewaltige Verschuldung, die uns die Bundesregierung mit der Sanierung der Pleitebanken beschert hat, werden wir, die Menschen in den Städten und Gemeinden mit allen Konsequenzen, die

uns auch persönlich treffen, zu tragen haben.

Die Neoliberalen in der CDU/FDP, der SPD und Grünen, sind die Hauptverantwortlichen für den Sozial- u. Demokratieabbau.

Noch ist der Verkauf der GBH Mietwohnungen an die „Heuschrecke“ Gagfah von den Mietern nicht verkräftet.

In sämtlichen Wohngebieten mit Gagfah Mietwohnungen sind die Probleme nicht kleiner, eher



Mappus muss weg



größer geworden. Stadtverwaltung, CDU-OB Ilg und die Gemeinderatsmehrheit stehen auf dem Standpunkt: Was kümmert mich mein Beschluß von gestern, wichtig war, Geld kam in die Haushaltskasse. Für sie gehört der soziale und öffentlich geförderte Wohnungsbau nicht zur Daseinsvorsorge in der Stadt. Der Mieter kann bleiben wo er ist.

Auch Mappus und seine neoliberalen Koalitionäre in Stuttgart halten nichts vom öffentlichen Mietwohnungsbau. Ihnen allen sind Prestigeprojekte lieber, als Verantwortung für bezahlbare Mietwohnungen.

Wohnungsleerstände auf der einen, steigende Obdachlosigkeit auf der anderen Seite, ist das Ergebnis einer verfehlten Wohnungspolitik in unserem Lande.

Zynisch ist die Feststellung von Bundeskanzlerin Merkel: „Unsozial ist, was Armut schafft“. Obdachlosigkeit



Stadtrat R. Püschel (links)



aber ist das Ergebnis unsozialer Politik. Neoliberale Politik schafft Armut. **Länderminister müssen Kürzungen beim Wohngeld und Städtebauförderung verhindern. Daher keine Zustimmung des Landes Ba.-Wü. im Bundesrat zu den Kürzungsplänen**

der Bundesregierung.

Wohnungspolitisch aber auch wirtschaftspolitisch sind die Streichungen bei der Städtebauförderung falsch.

Städte brauchen eine soziale Durchmischung zur Sicherung eines kommunalen und bezahlbaren Mietwohnungsbaues.

Ploucquet-Areal

- ★ Der beabsichtigten Wohnungsbau auf dem Ploucquet-Areal darf nicht für Wohnungsspekulanten verkommen.
- ★ Kommunaler Wohnungsbau hat Vorrang.
- ★ Grundstücke nur im Erbbau-recht an Investoren und Bauherren.

Forderungen der DKP an die Landespolitik (Auszüge)

- ★ In Baden-Württemberg wachsen die Villen der Reichen und die Wohnunsgot der Armen. Die Reichen sonnen sich in Drittwohnungen, die Anderen haben kein Dach über dem Kopf.
- ★ Aus dem Recht jedes Menschen auf eine gute Wohnung macht der Kapitalismus den Wohnunsmarkt. Dieser Markt sichert den Profit der Wohnungsbesitzer und Spekulanten.
- ★ Das Wohnungswesen ist eine erstrangige Daseinsaufgabe für ein Grundbedürfnis des Menschen.
- ★ In Baden-Württemberg muss ein großzügiges Programm für den sozialen Wohnungsbau her. Die Spekulation mit Wohnraum muss unter Strafe gestellt werden.

Für Heidenheim:

- ★ Dem Gagfah-Clan in Heidenheim sind Grenzen zu setzen.
- ★ Die Heidenheimer Inkompetenz in der Betreuung der Mieter muss durch technischen Sachverstand und Verantwortungsbewußtsein für die Mieter ersetzt werden.
- ★ Gemeinderat, Stadtverwaltung die durch den Verkauf der GBH-Wohnungen die erworbenen Millionen für den Stadionbau und für das Schlosshotel verwendeten, haben den Mietern großen Schaden zugefügt.

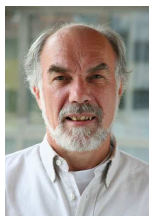
Unterstützen Sie unsere Anliegen



Wilhelm Benz Verkäufer
Erstbewerber geb.: 19.11.1953
GBR-Vorsitz. Rewe UE GmbH
DGB Heidenheim 2. Vorsitzender



Johann Holzheu Dipl. Pädagoge
Ersatzbewerber geb.: 03.08.1944



Stadtrat Reinhard Püschel (DKP)
Fraktion: *Die LINKE./ DKP*

Kontakt
zur DKP Heidenheim
Schumannstraße 3
89518 Heidenheim
Telefon: (07321) 42424
E-Mail: WilhelmBenz@aol.com



V.i.S.d.P: DKP Heidenheim, Ulrich Huber (Jan. 2011)

Baden -
Württemberg



DKP

Deutsche Kommunistische Partei

Wohnen ist ein Menschenrecht

Unsozial ist
was Armut schafft

